



Aufruf zu Solidarität:

Jugendliche Europas, wehrt euch

(EGB-Jugendkomitee)

Junge Menschen quer durch Europa zahlen in dieser Phase der Wirtschaftskrise, da die Staaten vor düsteren Zeiten stehen, den höchsten Preis. Speziell die Lage im südlichen Europa könnte die Spitze des Eisberges sein: Ohne soziale und wirtschaftliche Solidarität könnte sich das, was in diesen Staaten gerade passiert, auf ganz Europa ausweiten. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in unerträgliche Höhen gestiegen, in Zypern (27 Prozent), Griechenland (55,6 Prozent), Italien (35 Prozent), Spanien (54 Prozent) und Portugal (37,4 Prozent). Für Frauen, MigrantInnen und andere Gruppen, die häufig Diskriminierungen ausgesetzt sind, ist die Lage noch schlimmer.

Junge Menschen finden nur Jobs, die von höchst prekären Verhältnissen geprägt sind und die ohne soliden sozialen Schutz sind (befristete Verträge sind Gang und Gäbe und allgemein ohne den nötigen arbeitsrechtlichen und sozialen Schutz; es gibt einen breiten Missbrauch bei Praktika, die oft unbezahlt sind; niedrige Löhne und „freiwillige“ Teilzeitarbeit tragen zu einem Anstieg der working poor bei; allzu oft gibt es keine Garantie auf menschenwürdiges Einkommen während der Zeit der Arbeitslosigkeit; usw.).

Solche Bedingungen machen es jungen Menschen unmöglich, sich persönlich und finanziell von ihren Herkunftsfamilien zu lösen, um ihre eigenen Familien zu gründen – und das führt zu einem wachsenden Migrations-Trend: Junge Menschen verlassen südeuropäische Länder, um anderswo gute Jobs zu finden. Das verursacht einen brain drain, ein Abwandern von hochqualifizierten Fachkräften, das diesen Staaten ihr wertvollstes Kapital entzieht, auf dem ihr Wachstum eigentlich aufbauen sollte.

Diese Situation ist nicht nur das Ergebnis der Wirtschaftskrise, sondern auch der Sparpolitik, die nationale Regierungen anwenden – und die massive Auswirkungen auf grundlegende Bereiche wie Gesundheit, Bildung oder Kultur hat. Menschenwürdige Arbeit und die Säulen des europäischen Wohlfahrtsstaates sollten im Zentrum der Europäischen wie auch der nationalen Politik stehen. Wenn man sich ausschließlich auf die finanzielle Erholung konzentriert und nicht auf Investitionen in die nachhaltige Entwicklung unserer Wirtschaft, dann werden soziale Ungerechtigkeit und Ungleichheiten, ganz besonders für junge Menschen, zunehmen.

Die Sparpolitik ist wirtschaftlich und sozial inakzeptabel, sie trägt auch nichts zu ökologischer Nachhaltigkeit bei. Sie ist aber auch politisch gefährlich und untergräbt die demokratische Stabilität. Denn während sich die Lage verschlechtert und die Arbeitslosigkeit steigt, tauchen Phänomene wie Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Gewalt wieder auf.

Diese Politik und der einseitige Bruch des sozialen Dialogs haben Gewerkschaften in ganz Europa dazu veranlasst, zu reagieren, und junge Menschen dazu, zu mobilisieren, denn:

- Es ist unfair und inakzeptabel, dass die ArbeitnehmerInnen für die Krise bezahlen, während jene, die sie zu verantworten haben, nicht nur nichts dagegen unternehmen, sondern sogar weiterhin davon profitieren, wie die Gewinne im Finanzsektor deutlich zeigen.
- Es gibt Alternativen: Resignation ist keine Option, und wir sollten den neoliberalen Zugang, der bisher vorherrschte, nicht einfach akzeptieren. Finanztransaktionssteuer, Investitionen in Forschung und Entwicklung, Verfolgung von Steuerbetrug und Korruption, Kampf gegen prekäre Jobs, Umsetzung einer Jugend-Beschäftigungsgarantie sind nur einige der alternativen Maßnahmen, die die Situation umkehren könnten.

Das europäische Sozialmodell sollte einerseits vor den derzeitigen heftigen Attacken geschützt und andererseits gestärkt werden. Wir appellieren dringend an die europäischen Institutionen, den Sozialpakt, den der Europäische Gewerkschaftsbund vorschlägt, umzusetzen. Das europäische Sozialmodell hat sichergestellt, dass die Nachkriegsgenerationen die Vorteile von Wohlfahrtsstaat und Frieden nutzen konnten. Wenn wir das Sozialmodell zerstören, dann gefährden wir das Wohl von heutigen und künftigen Generationen, aber auch die friedliche Zukunft Europas.

Was man nicht verteidigt, das kann man verlieren. Die Rechte und der Wohlstand, die wir bisher genossen haben, sind Ergebnisse der Bemühungen und Auseinandersetzungen unserer Eltern. Deshalb stehen wir solidarisch zusammen um gemeinsam unsere Rechte und den Wohlstand auszubauen.

Junge ArbeitnehmerInnen Europas, steht auf für eure Rechte.

Streiks, Demonstrationen und Solidaritäts-Aktionen wurden quer durch Europa organisiert, von Norden nach Süden.

Bündeln wir unsere Kräfte und unterstützen wir alle Aktionen am 14. November!